

2673/J XXII. GP

Eingelangt am 18.02.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Kaipel

und GenossInnen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend **Umsetzung der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge**

In der „Richtlinie 2004/18/EG vom 31.3. 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge“ (Amtsblatt der EU vom 30. 4. 2004, L 134) werden „Möglichkeiten“, eingeräumt, „auf Bedürfnisse der betroffenen Allgemeinheit, einschließlich im ökologischen und/oder sozialen Bereich, einzugehen“.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit daher nachstehende

Anfrage

1. Bis wann wird der entsprechende Ministerialentwurf fertig gestellt sein?
2. Wer ist mit der Ausarbeitung des Ministerialentwurfs betraut?
3. Wie lange wird das Begutachtungsverfahren dauern?
4. Wann wird die entsprechende Regierungsvorlage dem Parlament zugeleitet werden?
5. Welche konkreten Möglichkeiten gibt es bzw. wird es neu geben, um bei öffentlichen Vergaben auf die Bedürfnisse der betroffenen Allgemeinheit, einschließlich im ökologischen und/oder sozialen Bereich, einzugehen?
6. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen bzw. welche Formulierungen wird der Ministerialentwurf enthalten, damit die Bedachtnahme auf regionale Klein- und Kleinstunternehmen und deren Beschäftigte besonders bei den Vergaben durch die Bundesbeschaffungs-GesmbH. in Zukunft besser funktioniert und damit die Österreich eingeräumten Möglichkeiten, um auf die Bedürfnisse der betroffenen Allgemeinheit einzugehen, umfassend und optimal ausgeschöpft werden?

7. Werden Sie Maßnahmen setzen bzw. im Ministerialentwurf Vorkehrungen treffen, um die wettbewerbsverzerrenden Praktiken der Bundesbeschaffungs-GesmbH. wie die Ausschreibung von völlig preis-intransparenten Warenkörben und monopolistische Tendenzen bestärkende österreich-weite Lieferbedingungen zu beenden? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?